

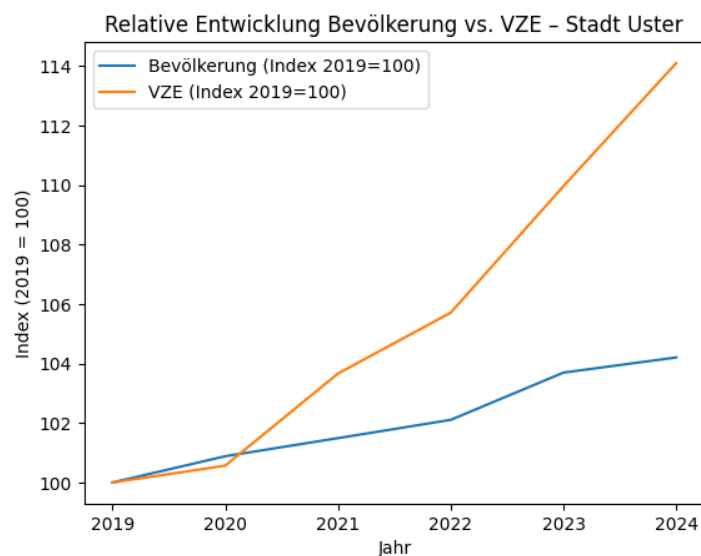
Kurzargumentarium "Personalbremse für Uster"

Darum geht es:

Die Verwaltung in der Stadt Uster wird immer grösser. Sie wird immer teurer, aber vor allem wächst sie schneller als die Bevölkerung. Mit der Personalbremse wollen wir das ändern: Die Verwaltung darf in Zukunft höchstens so stark wachsen wie die Bevölkerung.

Die Verwaltung wächst ungebremsst:

Seit 2019 ist die Bevölkerung in Uster um 5.6 % gewachsen. Die Zahl der städtischen Vollzeitstellen hingegen um satte 14.5 % – also mehr als 2.5 mal so viel.



Gleichzeitig sind die budgetierten **Personalkosten im gleichen Zeitraum von knapp 93 Mio. auf 121.3 Mio. oder um über 30 % angestiegen**. Auch inflationsbereinigt und unter Abzug der Integration der Zahnklinik und der Musikschule ein überproportionaler Anstieg.

Argumente für die Initiative

Verhältnismässig: Die Initiative verlangt **keinen Personalstopp oder gar Abbau**. Mit der Forderung, dass die städtische Verwaltung künftig nur noch so stark wachsen darf wie die Bevölkerung, wird ein moderates und verhältnismässiges Wachstum zugelassen.

Hätte diese Regel bereits zwischen 2019 und 2024 gegolten, wären in der Stadt rund **50 neue Stellen erspart** geblieben. Das hätte Einsparungen von rund **5 Mio. pro Jahr** ermöglicht.

Befristete Ausnahmen möglich: Die Initiative sieht vor, dass die Verwaltung auch **stärker wachsen** darf als die Bevölkerung, **wenn das sachlich gerechtfertigt** ist – etwa bei ausserordentlichen Entwicklungen oder befristeten Projekten. Solche Ausnahmen müssen vom Stadtrat begründet und vom Gemeinderat beschlossen werden. Wichtig: Sie sind **zeitlich zu befristen**.

Gestaltungsmöglichkeit: Wie hoch das **Stellenwachstum** konkret sein soll, legt die Initiative noch nicht fest. Vielmehr muss der Stadtrat und Gemeinderat **in Ausführungsbestimmungen** zu regeln, wie das Verwaltungswachstum **berechnet** wird – inkl. **Berücksichtigung** von ausgelagerten oder wegfallenden Aufgaben und zur **Verhinderung** von **Umgehungsmöglichkeiten**.